

6 Mitteilungen

Nagl:

Ich komme nun zu den Mitteilungen.

6.1 Bestellung von Kontaktpersonen gemäß § 43 Landes-Gleichbehandlungsgesetz (L-GBG)

Nagl:

In den Dienststellen der Stadt Graz sind Kontaktpersonen zu bestellen. Weiters werden Kontaktpersonen in jenen Beteiligungen bestellt, zu denen MitarbeiterInnen der Stadt Graz im Rahmen des Projektes „Haus Graz“ zugewiesen wurden.

Die Kontaktpersonen haben sich mit den die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und Frauenförderung in ihrer Dienststelle betreffenden Fragen zu befassen. Sie haben Anfragen, Wünsche, Beschwerden, Anzeigen oder Anregungen einzelner Bediensteter entgegenzunehmen und die Bediensteten zu beraten und zu unterstützen.

Die Kontaktpersonen werden auf Vorschlag des Bürgermeisters für die Dauer von 5 Jahren vom Gemeinderat bestellt.

Ich schlage nachstehende Personen als Kontaktpersonen vor:

Esther Maria Alfaré, Straßenamt

Karin Andraschko, Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH

Elisabeth Aufreiter, Geriatriische Gesundheitszentren

Mag.^a Ursula Sampt, Holding — Services

DIⁱⁿ Eva-Maria Benedikt, Stadtplanungsamt

Mag.^a Daniela Freitag, Bau- und Anlagenbehörde

Jennifer Matijak, Stadtvermessungsamt

Mag.^a (FH) Elisabeth Fink, MA, Sozialamt

Hermine Fermin, Umweltamt

Alexandra Kalcher, Abteilung für Rechnungswesen

Mag.^a Heike Hartmann, Abteilung für Kommunikation
Michaela Tieber, Krankenfürsorgeanstalt
Juliane Kern, Amt für Wirtschaft- und Tourismusentwicklung
Sabine Kienleitner, Abteilung für Verkehrsplanung
Beatrix Elter, Abteilung für Grünraum & Gewässer
Eva-Maria Reisacher, Abteilung für Gemeindeabgaben
Nicole Wolf, Sportamt
Safiye Kuzu, ITG
Maria Lesky, Abteilung für Immobilien
Karin Machazek-König, Holding — Services
Claudia Mayer, Amt für Wohnungsangelegenheiten/Wohnen Graz
Mag.^a Kathrin Mühlbacher-Konrad, Gesundheitsamt
Mag.^a Bettina Messner, Kulturamt
Michaela Meßner, BürgerInnenamt
Mag. Dr. Markus Nistler, Katastrophenschutz und Feuerwehr
Elke Pölz, Magistratsdirektion
Eva Rossi, Amt für Jugend und Familie
Dr. Gerd Stöckl, Stadtrechnungshof
Rosemarie Pichler, Finanz- und Vermögensdirektion
Karin Tschernko, Personalamt
Birgit Weigl, Stadtbaudirektion
Mag. Helmut Wunderl, Präsidialabteilung
Manuel Pöttler, Abteilung für Bildung und Integration

Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

Die Mitteilung wurde einstimmig angenommen.

Nagl:

Danke, das ist ein einstimmiger Beschluss und ich bedanke mich bei den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen, die diese Aufgabe übernehmen.

Originaltext der Mitteilung:

In den Dienststellen der Stadt Graz sind Kontaktpersonen zu bestellen. Weiters werden Kontaktpersonen in jenen Beteiligungen bestellt, zu denen MitarbeiterInnen der Stadt Graz im Rahmen des Projektes „Haus Graz“ zugewiesen wurden.

Die Kontaktpersonen haben sich mit den die Gleichbehandlung von Frauen und Männern und Frauenförderung in ihrer Dienststelle betreffenden Fragen zu befassen.

Sie haben Anfragen, Wünsche, Beschwerden, Anzeigen oder Anregungen einzelner Bediensteter entgegenzunehmen und die Bediensteten zu beraten und zu unterstützen.

Die Kontaktpersonen werden auf Vorschlag des Bürgermeisters für die Dauer von 5 Jahren vom Gemeinderat bestellt.

Rechtsgrundlage: § 43 L-GBG idF LGBl Nr. 104/ 2017

Ich schlage nachstehende Personen als Kontaktpersonen vor:

Name	Abteilung
<i>Esther Maria Alfaré</i>	<i>Straßenamt</i>
<i>Karin Andraschko</i>	<i>Gebäude- und Baumanagement Graz GmbH</i>
<i>Elisabeth Aufreiter</i>	<i>Geriatrische Gesundheitszentren</i>
<i>Mag. ^a Ursula Sampt</i>	<i>Holding — Services</i>
<i>DI ⁱⁿ Eva-Maria Benedikt</i>	<i>Stadtplanungsamt</i>
<i>Mag. ^a Daniela Freitag</i>	<i>Bau- und Anlagenbehörde</i>
<i>Jennifer Matijak</i>	<i>Stadtvermessungsamt</i>
<i>Mag. ^a (FH) Elisabeth Fink, MA</i>	<i>Sozialamt</i>
<i>Hermine Fermin</i>	<i>Umweltamt</i>

Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 2020

<i>Alexandra Kalcher</i>	<i>Abteilung für Rechnungswesen</i>
<i>Mag. ^a Heike Hartmann</i>	<i>Abteilung für Kommunikation</i>
<i>Michaela Tieber</i>	<i>Krankenfürsorgeanstalt</i>
<i>Juliane Kern</i>	<i>Amt für Wirtschaft- und Tourismusentwicklung</i>
<i>Sabine Kienleitner</i>	<i>Abteilung für Verkehrsplanung</i>
<i>Beatrix Elter</i>	<i>Abteilung für Grünraum & Gewässer</i>
<i>Eva-Maria Reisacher</i>	<i>Abteilung für Gemeindeabgaben</i>
<i>Nicole Wolf</i>	<i>Sportamt</i>
<i>Safiye Kuzu</i>	<i>ITG</i>
<i>Maria Lesky</i>	<i>Abteilung für Immobilien</i>
<i>Karin Machazek-König</i>	<i> Holding — Services</i>
<i>Claudia Mayer</i>	<i>Amt für Wohnungsangelegenheiten/Wohnen Graz</i>
<i>Mag. ^a Kathrin Mühlbacher- Konrad</i>	<i>Gesundheitsamt</i>
<i>Mag. ^a Bettina Messner</i>	<i>Kulturamt</i>
<i>Michaela Meßner</i>	<i>BürgerInnenamt</i>
<i>Mag. Dr. Markus Nistler</i>	<i>Katastrophenschutz und Feuerwehr</i>
<i>Elke Pözl'</i>	<i>Magistratsdirektion</i>
<i>Eva Rossi</i>	<i>Amt für Jugend und Familie</i>
<i>Dr. Gerd Stöckl</i>	<i>Stadtrechnungshof</i>
<i>Rosemarie Pichler</i>	<i>Finanz- und Vermögensdirektion</i>
<i>Karin Tschernko</i>	<i>Personalamt</i>
<i>Birgit Weigl</i>	<i>Stadtbaudirektion</i>
<i>Mag. Helmut Wunderl</i>	<i>Präsidialabteilung</i>
<i>Manuel Pöttler</i>	<i>Abteilung für Bildung und Integration</i>

Ich ersuche die Mitglieder des Gemeinderates, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, um ein Zeichen mit der Hand.

6.2 Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 13. Februar 2020

Nagl:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 13. Februar 2020 wurde von der Schriftprüferin überprüft und für in Ordnung befunden.

Das Protokoll liegt bis zum Tag vor der nächsten Gemeinderatssitzung, Mittwoch, den 9.7.2020, in der Präsidialabteilung, Referat Verfassung und Vergaberecht, Zimmer 323, zur Einsichtnahme auf.

Originaltext der Mitteilung:

Auflage des folgenden Protokolls:

Das Protokoll der öffentlichen Sitzung vom 13. Februar 2020 wurde von der Schriftprüferin überprüft und für in Ordnung befunden.

Das Protokoll liegt bis zum Tag vor der nächsten Gemeinderatssitzung, Mittwoch, den 9.7.2020, in der Präsidialabteilung, Referat Verfassung und Vergaberecht, Zimmer 323, zur Einsichtnahme auf.

6.3 Aufnahmen von Gemeinderatssitzungen

Nagl:

Jetzt komme ich zu einem ganz wichtigen Punkt und zu einer wichtigen Mitteilung. Wir haben ja in den letzten Gemeinderatssitzungen des Öfteren darüber debattiert, inwieweit man Aufnahmen hier mittels Fotoapparat, mittels Filmkamera oder auch unseren Handys durchführen darf und diesbezüglich habe ich eine ganz klare Stellungnahme vorbereitet.

Das Statut der Landeshauptstadt Graz sieht vor, dass die Stadt öffentliche Gemeinderatssitzungen im Internet mit einer Bildfixierung auf den jeweiligen Redner für Informationszwecke übertragen darf, soweit sichergestellt ist, dass dabei

zuhörende und zusehende Personen nicht erfasst werden. Redebeiträge von Personen, die weder dem Gemeinderat noch dem Stadtsenat angehören, dürfen nur mit deren Zustimmung aufgenommen und übertragen werden (§ 50 Abs. 3 Statut).

Eine Bereitstellung dieser städtischen Aufnahmen im Internet zum Abruf ohne Speichermöglichkeit ist für einen Zeitraum von bis zu sieben Tagen nach der Übertragung zulässig.

Für amtliche Zwecke dürfen Übertragungen zeitlich befristet gespeichert werden, müssen aber spätestens drei Monate nach der Übertragung gelöscht werden (§ 50 Abs. 4 Statut).

Nach Auskunft der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung (Gemeinden, Wahlen und ländlicher Wegebau) wurden diese Bestimmungen aus datenschutzrechtlichen Gründen bewusst sehr eng gefasst und sind sie restriktiv auszulegen.

Das bedeutet, dass ohne die Zustimmungen der Stadt, die im Internet bereitgestellten Aufzeichnungen von niemandem weiterverwendet werden dürfen.

Auch darf mit Ausnahme von Medienvertreterinnen und -vertretern im Sinne von § 9 Datenschutzgesetz ohne eine Einwilligung der Stadt niemand während einer Gemeinderatssitzung Aufnahmen machen.

Da es schwerwiegende datenschutz- und zivilrechtliche Folgen nach sich ziehen könnte, Personen ohne deren Einverständnis und ohne gesetzliche Grundlage aufzunehmen, wird die Stadt Graz auch auf Anraten der Aufsichtsbehörde keine generelle Zustimmung dazu erteilen, die städtischen Aufzeichnungen aus dem Gemeinderat weiterzuverwenden oder eigene Aufnahmen anzufertigen.

Für entgegen diesen Maßgaben, also rechtswidrig angefertigte oder weiterverwendete Aufnahmen aus den Gemeinderatssitzungen tragen jene Personen die rechtliche Verantwortung, die die Aufnahmen gemacht oder verarbeitet haben.

In der Klubobleutekonferenz könnte auf konsensualem Weg die konkrete Berücksichtigung dieser rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Arbeit des Gemeinderates im Detail auch noch einmal besprochen werden.

Originaltext der Mitteilung:

Das Statut der Landeshauptstadt Graz sieht vor, dass die Stadt öffentliche Gemeinderatssitzungen im Internet mit einer Bildfixierung auf den jeweiligen Redner für Informationszwecke übertragen darf, soweit sichergestellt ist, dass dabei zuhörende und zusehende Personen nicht erfasst werden. Redebeiträge von Personen, die weder dem Gemeinderat noch dem Stadtsenat angehören, dürfen nur mit deren Zustimmung aufgenommen und übertragen werden (§ 50 Abs. 3 Statut). Eine Bereitstellung dieser städtischen Aufnahmen im Internet zum Abruf ohne Speichermöglichkeit ist für einen Zeitraum von bis zu sieben Tagen nach der Übertragung zulässig. Für amtliche Zwecke dürfen Übertragungen zeitlich befristet gespeichert werden, müssen aber spätestens drei Monate nach der Übertragung gelöscht werden (§ 50 Abs. 4 Statut). Nach Auskunft der Abteilung 7 des Amtes der Steiermärkischen Landesregierung (Gemeinden, Wahlen und ländlicher Wegebau) wurden diese Bestimmungen aus datenschutzrechtlichen Gründen bewusst eng gefasst und sind sie restriktiv auszulegen. Das bedeutet, dass ohne die Zustimmungen der Stadt, die im Internet bereit gestellten Aufzeichnungen von niemandem weiterverwendet werden dürfen. Auch darf mit Ausnahme von Medienvertreterinnen und -vertretern im Sinne von § 9 Datenschutzgesetz ohne eine Einwilligung der Stadt niemand während einer Gemeinderatssitzung Aufnahmen machen. Da es schwerwiegende datenschutz- und zivilrechtliche Folgen nach sich ziehen könnte, Personen ohne deren Einverständnis und ohne gesetzliche Grundlage aufzunehmen, wird die Stadt Graz auch auf Anraten der Aufsichtsbehörde keine generelle Zustimmung dazu erteilen, die städtischen Aufzeichnungen aus dem Gemeinderat weiterzuverwenden oder eigene Aufnahmen anzufertigen. Für entgegen diesen Maßgaben, also rechtswidrig angefertigte oder weiterverwendete Aufnahmen aus den Gemeinderatssitzungen tragen jene Personen die rechtliche Verantwortung, die die Aufnahmen gemacht oder verarbeitet haben. In der Klubobleutekonferenz könnte auf konsensuellem Weg die konkrete Berücksichtigung dieser rechtlichen Rahmenbedingungen bei der Arbeit des Gemeinderates im Detail abgeklärt werden.

7 Verlesung der GR.-Anfrage 843/2019

Nagl:

Auf Wunsch der KPÖ darf ich nun zu einem Punkt kommen, die Verlesung der Beantwortung einer Gemeinderatsfrage Nr. 843 betreffend Kinderkrippen in Graz. Ich habe Herrn Gemeinderat Kurt Luttenberger im KPÖ Gemeinderatsklub eine Antwort zugehen lassen, die ich nun verlese:

Sehr geehrter Herr Gemeinderat, in der GR.-Sitzung am 23.04.2020 haben Sie eine Anfrage betreffend „Kinderkrippen in Graz“ gestellt.

Hiezu teilt mir die Abteilung für Bildung und Integration im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten, Kurt Hohensinner, Folgendes mit:

Für das Betreuungsjahr 2019/2020 stehen den Eltern in Graz 2.675 institutionelle Kinderkrippenplätze zur Verfügung. Mit Tagesmütter-/väter-Plätzen sind es noch um ca. 300 mehr. Der Versorgungsgrad in ganz Graz betrug im Oktober 2018 34,52%.

Damit haben wir das vorgegebene Barcelona-Ziel von 33% nicht nur erreicht, sondern auch übertroffen.

Mit Ende der Vormerkzeit am 8. März 2019 sind 1600 Kinder in durchschnittlich 2 Kinderkrippen vorgemerkt worden. Die Aufteilung nach Wohnbezirken werten wir nicht aus, da sie gerade im Kinderkrippenbereich selten relevant ist, da Eltern sehr oft ihr Kind lieber in der Nähe ihres Arbeitsplatzes betreuen lassen, um im Bedarfsfall schneller vor Ort zu sein. Die Aufnahme erfolgt nach Kriterien, ca. 70 % erhielten eine Zusage in einer ihrer Wunscheinrichtungen. Allen anderen berufstätigen Eltern konnten alternative Kinderkrippenplätze entweder in Wohnnähe oder Arbeitsplatznähe angeboten werden. Im Sommer wurden zusätzlich an zugezogene berufstätige Eltern Plätze vermittelt, und mit Betreuungsbeginn im Herbst 2019 ergaben sich noch einige Änderungen und Aufnahmen.

Auch während des Betreuungsjahres werden immer wieder Punkte und somit Plätze frei, wenn Kinder das zweite Lebensjahr vollendet haben. Ich nehme an, dass da gemeint war das dritte Lebensjahr. Das Ganze noch versehen mit freundlichen Grüßen.

Das soll ich heute vortragen und darf Herrn Gemeinderat Kurt Luttenberger ans Rednerpult bitten.

Originaltext der Anfrage:

Kinderkrippen in Graz

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

leider haben mein Gemeinderatskollege Christian Sikora und ich auf unsere Fragen, die wir in den Gemeinderatssitzungen im März sowie September letzten Jahres gestellt haben, noch keine Antwort erhalten. Aufgrund dieses Umstandes richte ich die Initiative mit der Erwartung einer Beantwortung an Sie.

Im September 2019 startete für viele junge Grazerinnen und Grazer zum ersten Mal ein neues Lebenskapitel: der Besuch der Kinderkrippe. Für viele andere Kinder ist dies jedoch nicht möglich. Die zu geringe Anzahl von Krippenplätzen führt leider dazu, dass bei weitem nicht für alle Kinder ein Platz gefunden werden konnte, die sich bis 8. März 2019 angemeldet haben. Eltern, die eine Absage für ihr Kind erhalten haben, stellt dies vor große, oft sogar vor existenzielle Probleme: Wie kann ich Beruf und Kinderbetreuung vereinbaren? Kann ich meinen Job nach der Karenzzeit überhaupt wieder antreten? Reicht das Geld, wenn ein Elternteil zugunsten der Kinderbetreuung auf die Arbeit verzichtet?

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

Anfrage:

Wie stellt sich die aktuelle Situation rund um die Kinderkrippenplätze in Graz dar:

- Anzahl der Anmeldungen mit Stichtag 08. März 2019, nach Wohnbezirken aufgeteilt;*
- Anzahl der angemeldeten Kinder, die bis 9. September 2019 keinen Krippenplatz erhalten haben, nach Wohnbezirken aufgeteilt;*
- Anzahl der gesamten sowie freien Kinderkrippenplätze mit Stichtag 9. September 2019, nach Bezirken aufgeteilt?*

Originaltext der Beantwortung:

In der GR.-Sitzung am 23.04.2020 haben Sie eine Anfrage betreffend „Kinderkrippen in Graz“ gestellt.

Hiezu teilt mir die Abteilung für Bildung und Integration im Einvernehmen mit dem zuständigen Stadtsenatsreferenten Folgendes mit:

Für das Betreuungsjahr 2019/2020 stehen den Eltern in Graz 2.675 institutionelle Kinderkrippenplätze zur Verfügung. Mit Tagesmütter/väter-Plätzen sind es noch um ca. 300 mehr. Der Versorgungsgrad in ganz Graz betrug im Oktober 2018 34,52%. Damit haben wir das vorgegebene Barcelona-Ziel von 33% erreicht und übertroffen.

Mit Ende der Vormerkzeit am 8. März 2019 sind 1600 Kinder in durchschnittlich 2 Kinderkrippen vorgemerkt worden. Die Aufteilung nach Wohnbezirken werten wir nicht aus, da sie gerade im Kinderkrippenbereich selten relevant ist, da Eltern sehr oft ihr Kind lieber in der Nähe ihres Arbeitsplatzes betreuen lassen, um im Bedarfsfall schneller vor Ort zu sein. Die Aufnahme erfolgt nach Kriterien, ca. 70% erhielten eine Zusage in einer ihrer Wunscheinrichtungen. Allen anderen berufstätigen Eltern konnten alternative Kinderkrippenplätze entweder in Wohnnähe oder Arbeitsplatznähe angeboten werden. Im Sommer wurden zusätzlich an zugezogene berufstätige Eltern Plätze vermittelt, und mit Betreuungsbeginn im Herbst 2019 ergaben sich noch einige Änderungen und Aufnahmen.

Auch während des Betreuungsjahres werden immer wieder Punkte und somit Plätze frei, wenn Kinder das zweite Lebensjahr vollendet haben.

GR Luttenberger:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Stadtsenat, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, sehr geehrte Gästinnen und Gäste. Zuerst etwas in eigener Sache. Mir kommt es hier in diesem Saal relativ kalt vor. Ich habe den Verdacht, wir sind hier in einer Art EU-Projekt, der Stadt Graz, wo es darum geht, die Politikerinnen und Politiker zu konservieren. Vielleicht kann man das ein wenig ändern in Zukunft.

Ich sage einmal danke für die Beantwortung, und diese Wechselrede ist ja ein Ergebnis von zwei Anfragen vorigen Jahres vom Kollegen Sikora und von mir und von einer nochmaligen heurigen Anfrage zu dieser Frage. Ich bedanke mich zunächst auch einmal für das Zahlen- und Datenmaterial. Das ist wichtig und ich möchte das ein wenig ergänzen mit einigen Recherchen, die wir gemacht haben und da möchte ich mich vor allem beim Kollegen Stefan Herzog bedanken, in unserem KPÖ-Klub, der da sehr viel recherchiert hat. Ich glaube, wir sind uns einer Meinung, dass Kinderkrippenplätze eine ganz wichtige Sache in einer Stadt sind. Vor allem in der zweitgrößten Stadt Österreichs, in Graz, wo ein Boom stattfindet, einerseits Bevölkerungswachstum, wo wir auch jetzt durch die Corona-Krise betroffen sind und vor allem, wo es, wenn die Krise runter fährt, wo wir uns mit starken sozialen und arbeitstechnischen Problemen auseinandersetzen müssen. Meine Beantwortung oder meine Stellungnahme geht in die Richtung, dass wir uns, oder ich mich persönlich, sehr freue, dass wir dieses Barcelona-Ziel einerseits erreicht haben, aber der Freund des Guten ist ja das noch Bessere zu machen und deswegen auch meine Wortmeldung. Dazu einige Ergänzungen, die ich sagen möchte. Ich glaube, wir haben viele Kleinkinder zwar untergebracht, aber von den 1.600 haben trotzdem 30 % keinen Platz gefunden und das ist eben auch ein Grund, warum ich mich hier herausstelle und euch bitte, dass wir hier wirklich permanent zum Weiterarbeiten haben, das sind knapp 500. Es gibt Löcher im Netz, z.B. wenn Frauen, Kolleginnen, die arbeitslos sind und schwanger sind, die haben es überhaupt nicht einfach, danach einen Kinderkrippenplatz zu bekommen, weil das eben aufgrund der ganzen Bürokratie nicht so einfach ist, das dann anzumelden oder zu sagen, ich hätte gerne einen. Das ist schon richtig, was der Herr Bürgermeister sagt, dass Familien und Frauen ihre Kinder dort gerne unterbringen möchten, wo sie arbeiten. Weil das einfach von den Wegen her besser ist. Aber zu sagen wäre auch, im ersten Bezirk, der ja hauptsächlich ein Bezirk ist, wo gearbeitet wird und weniger gewohnt wird, gibt es derzeit lediglich eine Kinderrippe. Da ist auch noch Luft nach oben, das wollte ich euch auch gesagt haben. Bei der Barcelona-Vorgabe mit den 34,52 % muss man einerseits hinterfragen, ich lege es so an, wir sind in Graz in der glücklichen Situation, dass es einige Großbetriebe gibt, die eigene

Kinderkrippen haben. Wenn ich da an Magna denke und an LUV und an Anton Paar und LKH, AVL, aber da müssen wir sozusagen auch rechnen, wie viele diese Kinder kommen aus Grazer Familien, wie viele Kinder kommen aus Umlandfamilien. Wichtig sind alle, aber nachzurechnen wäre, ob wir diese 34,52 % halten. Es gibt auch eine Frage der städtischen Einrichtungen von Kinderkrippen, also von 104 Krippen in Graz sind 17 städtische Einrichtungen, 2018 waren es noch 20 %, jetzt sind 16 % der Krippen städtische. In Linz sind 80 % der Krippen städtische. Ich sage das jetzt aus statistischen Gründen. In Graz ist es durch die Zuzahlung ja an und für sich so, dass es den betroffenen Eltern ja derzeit egal sein kann, ob sie das Kind in eine städtische Krippe oder eine private Krippe geben. Ich habe das nur aufgeschrieben, als Gewerkschafter. Die Frage für mich ist, ob die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen, die dort angestellt sind, gleich gut sind, auch von der Bezahlung her, wie in städtischen Einrichtungen. Das gebe ich einfach zum Nachdenken mit. Ich weiß, da gibt es auch in den Bezirksversammlungen und in den Bezirksratsitzungen immer Diskussionen, weil offensichtlich wir hier keine Bezirksbestandserhebung machen möchten. Aber es gibt in jedem dritten Grazer Bezirk eigentlich keine städtische Kinderkrippe. Das ist die Innere Stadt, Geidorf, Ries, Eggenberg, Straßgang, Puntigam; die letzten drei Bezirke sind deswegen interessant, weil das sind ja so genannte Boom-Bezirke. Dort wird wahnsinnig viel gebaut, dort ziehen die Leute hin, also hier wäre auch echt und ernst zu überlegen, wie es hier künftig mit den Krippenplätzen aussieht. Ihr habt gemerkt, das ist jetzt kein, wie soll man sagen, ich habe hier jetzt nicht wahnsinnige Kritik geübt, ich möchte nur uns alle auffordern, dass das ein Thema ist, was in der nächsten mittelfristigen, kurz- bis mittelfristigen Zeit sich weiterzuentwickeln hat. Da entwickelt sich eben für uns, oder ich hoffe für uns alle, die Forderung, dass man den Versorgungsgrad der Grazer Kinderkrippen über das Barcelona-Niveau noch hinaufhebt und um diese 10 % hebt, denn dann schauen manche Sachen ganz anders aus. Das wollte ich ergänzt haben. Danke (*Appl.*)

StR. Hohensinner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Kurt. Ich möchte mich bedanken, dass du dieses wichtige Thema gleich ganz prominent am Anfang der Gemeinderatssitzung jetzt thematisiert hast. Vielleicht ein Termin bei mir im Büro, lieber Kurt Luttenberger, hätte einfach ein paar Fragen beantwortet.

*Zwischenruf GR. **Luttenberger:** Dann werden die Sitzungen noch kürzer.*

Hohensinner:

Trotzdem möchte ich jetzt ein paar ganz aktuelle Zahlen liefern. Auf eurer KPÖ-Homepage hast du nicht gesagt, so eine kleine Kritik und Verbesserungsvorschläge, sondern da steht, oder auf der Facebook-Seite, unzulängliche Situation in den Grazer Kinderkrippen. Das möchte ich wirklich aufs Schärfste zurückweisen. Weil, wie du weißt, seit 2011 haben wir eine beispiellose Aufholjagd gestartet. 2011 war die Situation im österreichweiten Vergleich vielleicht nicht so gut, aber jetzt sind wir österreichweit im Spitzenfeld. Ja, wir können immer besser werden. Das Ziel, das wir jetzt uns gesteckt haben und was wir auch sicherstellen können, ist, dass wir für alle berufstätigen Eltern einen Platz haben und ich möchte das noch einmal unterstreichen, was der Herr Bürgermeister gesagt hat, die Stadt Graz hat so eine Größe, dass wir jetzt nicht nur in Bezirksgrenzen denken dürfen. Es ist durchaus zumutbar, dass man das Kind in einen Nebenbezirk bringt und das, was du zum Schluss gesagt hast, in einigen Bezirken gibt es überhaupt keine Kinderkrippe, da werden wir vielleicht nachher noch einmal im Detail klären, da hast du gesagt eine städtische Kinderkrippe. Oder?

*Zwischenruf **Luttenberger:** Ja.*

Hohensinner:

Das sage ich nachher am Schluss noch einmal, städtisches und Tarif-Model. Ganz aktuelle Zahlen, die haben sich jetzt noch einmal verbessert. Wir haben derzeit 108 Kinderkrippen. Das bedeutet, das sind 2675 Betreuungsplätze, mit den Tageseltern sind es 3000 Plätze. Das heißt, da ist der Versorgungsgrad bei 34,96 %. Das heißt, der Versorgungsgrad ist noch einmal gestiegen, Gott sei Dank, aber da sind wir uns eh einig. Bei den Kindergartengruppen, wir haben 156 Kindergarteneinrichtungen, davon 43 städtische und 113 privat. Das ist ein Versorgungsgrad von 94,11 %. Auch hier ist der Versorgungsgrad noch einmal gestiegen. Die Barcelona-Ziele hast du, so glaube ich, eh angesprochen. Bei der Krippe haben wir das Ziel von 33 %, das haben wir eigentlich wirklich gut erreicht, bei den Kindergartengruppen noch viel besser, weil da ist das Barcelona-Ziel 90 %. Ich kann dir einen Ausblick auch geben, was wir ab Herbst vorhaben. Das ist vielleicht spannend. Im Herbst 2020 werden 13 neue Gruppen eröffnen. In der Agenda 22 haben wir uns als Schwarz-Blau festgeschrieben, dass wir diesen Ausbauweg auch weiter konsequent fortsetzen werden. Das möchte ich auch allen Eltern, die jetzt zuschauen über den Livestream, auch noch einmal so unterstreichen. Der Ausbaukurs ist deshalb auch wichtig, weil wir ja natürlich, das hast du erwähnt, stark wachsen als Stadt Graz. Das heißt, um die Versorgungsgrade zu halten, brauchen wir schon allein jedes Jahr 10 neue Gruppen. Wir schauen auch, dass wir darüber hinaus Gruppen bereitstellen. Seit 2014 darf ich für den Bereich zuständig sein und da möchte ich dir, lieber Kurt, sagen, gemeinsam mit der Unterstützung von unserem Bürgermeister und der jeweiligen Regierungen, die hier quasi vorhanden waren, haben wir 1000 neue Betreuungsplätze geschaffen seit 2014. Ich schaue mir auch immer den österreichweiten Vergleich an, da sind wir wirklich vom Mittelfeld, bzw. 2011 waren wir eher im Schlussfeld angesiedelt, sind wir jetzt in Richtung Spitze, Gott sei Dank, gewandert. Da haben wir uns sehr stark verbessert. Du sprichst an, privat und städtisch. Ich möchte hier wirklich eine Lanze brechen für die privaten Einrichtungen. Weil die darf man auf keinen Fall darstellen, dass die irgendwie schlechter wären. Wir haben uns entschieden, vor geraumer Zeit mein Vorgänger, der Teddy Eiselsberg, dass wir ein Tarifmodel ins Leben rufen. Dass wir Private

unterstützen, damit sie unsere Kriterien umsetzen. Das hat dazu geführt, dass die privaten Einrichtungen die gleiche Qualität liefern wie die städtischen Einrichtungen und auch den gleichen Preis anbieten können. Weil die Sozialstaffelung auch für die privaten Einrichtungen gilt. Wir haben dafür Sorge getragen, andere Städte sind nicht so weit, dass wir die Kinder somit gut aufteilen können. Der Anteil der Kinder mit Integrationsbedarf ist somit besser aufgeteilt, in anderen Städten da sind entweder alle Kinder mit besonderem Förderbedarf in den städtischen Einrichtungen oder bei den Privaten. Das ist ganz unterschiedlich. Wir haben wirklich in allen Einrichtungen gleiche Kriterien und somit für eine gleiche Qualität gesorgt. Wir haben auch eine Elternbefragung, das sauge ich mir jetzt nicht aus den Fingern, sondern wir haben eine jährliche Elternbefragung und die hat ergeben, dass die privaten Einrichtungen ebenso gut sind und die Zufriedenheit der Eltern ist ebenso gegeben wie bei den städtischen. Bitte, ich möchte wirklich an dem Modell festhalten, das ist ein gutes Modell, es hat sich bewährt und das werden wir weiter fortsetzen. Aber auch von mir die klare Botschaft, wir werden auch diesen Ausbaukurs weiter fortsetzen (*Appl.*).

Eine kleine Anmerkung noch am Schluss. Wenn die Elke Kahr beim Radwegeausbau so einen Kurs fahren würde wie wir beim Ausbau der Bildungseinrichtungen, dann wären wir wahrscheinlich heute schon Radfahrhauptstadt (*Appl.*).

Nagl:

Ich glaube, zu dem Thema kommen wir noch. Ich darf nun gleich vorschlagen, dass wir zur Fragestunde übergehen.